

Sorgen an der Wirtschaftsfront

Steigende Nahrungsmittelpreise und eine insgesamt anziehende Inflation bereiten Mexiko Sorgen. Die Zentralbank reagierte jetzt mit einer Anhebung der Leitzinsen. Hohe Energiepreise verhelfen dem Ölexporteur Mexiko zu Sonderdividenden – horrenden Energiesubventionen allerdings fressen diesen finanziellen Spielraum wieder auf. Ein umstrittene Politik.

Ein Blick in die Ladentheken ernüchert in diesen Tagen die Mexikaner: Auch wenn sich der berühmte „Tortilla-Index“ halbwegs stabil verhält – Preisanhebungen bei diesem maisbasierten Grundnahrungsmittel hatten im vergangenen Jahr heftige Proteste ausgelöst – sind es die Kosten für andere Grundnahrungsmittel, die die Haushaltseinkommen gerade der sozial Schwachen im Lande erheblich belasten. Die Regierung hat einstweilen mit der Aufhebung von Zollschranken für wichtige Nahrungsmittelimporte reagiert, auch wurden mit der der Industrie das Einfrieren bestimmter Preise vereinbart. Da sich dies allerdings hauptsächlich auf verarbeitete Produkte, zum Beispiel Konserven bezieht, fürchten Experten, dass gerade am unteren Ende der Einkommensskala kaum Entlastungen auftreten werden. Relativ auch die Ankündigung von Coca Cola, die braune Limonade im Erfrischungsgetränke fixierten Mexiko in diesem Jahr nicht zu verteuern.

Insgesamt lag die mexikanische Inflationsrate im Juni im Vergleich zum Vorjahr bei 5,28 Prozent, ein deutlicher Abstand zum erklärten Ziel von drei Prozent. Die mexikanische Zentralbank reagierte Mitte Juni – gegen den erklärten Wunsch des mexikanischen Präsidenten – mit einer Erhöhung der Leitzinsen auf 7,75 Prozent. Ein klares Signal der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit.

Weitere Zinsschritte werden, wie auch anderswo, nicht ausgeschlossen.

Streitfall Energiesubventionen

Von Teuerungen verschont bleiben unterdessen die mexikanischen Autofahrer: trotz weltweit explodierender Ölpreise bleibt es – dem staatlichen Ölkonzern PEMEX und entsprechenden staatlichen Vorgaben sei Dank – bei einem Literpreis deutlich unterhalb dessen, was US-Amerikaner, ebenfalls an Niedrigpreise für Energie gewöhnt, mittlerweile an den Zapfsäulen anlegen müssen: mehr als einen Dollar nämlich. Der Benzintourismus im Grenzgebiet ist mittlerweile eindrucksvoll.

Zwanzig Milliarden Dollar lässt sich der mexikanische Staat seine Energiesubventionen jährlich kosten, mehr, als er zum Beispiel für Bildung ausgibt. Da Mexiko Rohöl exportiert, gleichzeitig aber Raffinerieprodukte mangels eigener Kapazitäten importiert, kommen Preise unter den Gestehungskosten zustande. Auch kommen diese Unterstützungen in erster Linie denen zugute, die etwa über ein eigenes Auto verfügen und staatlicher Hilfe wenig bedürftig sind.

Dabei muss sich Präsident Calderón durchaus Sorgen um die Wahrnehmung der sozialen Seite seiner Politik machen. Laut der IPSOS/BIMSA-Umfrage, die am 5. Mai in der Zeitung *El Universal* veröffentlicht wurde, sind inzwischen 44 Prozent der Befragten der Meinung, er begünstige mit seiner Politik nur die Privilegierten, nur 32 Prozent glauben, er regiere zum Wohl aller Mexikaner. Als Person erreicht Calderón auf der Skala von 1 bis 10 allerdings mit 7,3 immer noch einen respektablen Wert, für seine Politik gilt dies mit einem Durchschnitt von 6,6 in deutlich geringerem Maße.

Einen öffentlichen Protest allerdings gibt es nicht – und die Regierung Calderón hat mit Blick auf das Wahljahr 2009 folgerichtig auch nicht vor, an dieser Politik etwas zu ändern. Erst mittelfristig, so Finanzminister Agustín Carstens, könne an einen schrittweisen Abbau der Subventionen gedacht werden. Dabei ließe sich schon jetzt mit dem Geld leicht die Raffineriekapazität aufbauen, die Mexiko von teuren Reimporten aus den USA unabhängiger machen und eine höhere Wertschöpfung garantieren würde.

Energiedebatte geht weiter

Eng mit diesen Wirtschaftsfragen verbunden ist die Debatte um Reformen im Energiesektor. Die entsprechenden öffentlichen Anhörungen im Senat laufen auch in der parlamentarischen Sommerpause weiter - mit den erwartbaren Konfliktlinien und Positionierungen seitens verschiedenster Experten. Das Lager des virtuellen Oppositionsführers Andrés Manuel López Obrador dreht die Schraube zudem bereits weiter: angestrebt wird nun ein Referendum, eine Volksbefragung über die Zukunft der Ölgesellschaft PEMEX, zu dem vor allem Gouverneure seiner PRD und nicht zuletzt Hauptstadtbürgermeister Marcelo Ebrard ihre Hand reichen. Das Ziel ist klar: Reformen sollen so weit wie möglich in die Zukunft verschoben werden, am liebsten will man die Zwischenwahlen 2009 in ein Plebiszit zur Pseudo-Alternative „PEMEX-Privatisierung – ja oder nein“ verwandeln.

Allerdings, dies wird immer mehr deutlich, ist die abgespeckte Regierungsversion des Reformvorschlages schon längst keine Energiereform als solche mehr, sondern lediglich eine Eröffnung verschiedener neuer Möglichkeiten für den Staatskonzern PEMEX. Vor allem soll ihm erlaubt werden, Privatfirmen für Aufgaben zu verpflichten, die er selbst nicht in Eigenregie übernehmen kann – gegen Barzahlung und nicht etwa gegen Abtretung physischer Energiereserven. Ferner soll es Privatfirmen gestattet werden, Raffinerien zu betreiben – etwas, das PEMEX aus wirtschaftlichen Gründen selbst in Mexiko seit 20 Jahren nicht ausweitete. Folge ist schon jetzt, dass immer

größere Mengen raffinierter Produkte nach Mexiko importiert werden müssen. Weit und breit also ist nirgendwo einer Ansatz zur gerade von der nationalistisch-linken Fraktion an die Wand gemalten Privatisierung von PEMEX zu sehen.

Für den Chef der lateinamerikanischen UN-Wirtschaftskommission CEPAL, José Luis Machinea, ist die Debatte ohnehin auf hohem ideologisch-polarisierendem Niveau, was dem Land schade. Machinea: „Die Priorität Mexikos ist, mehr zu erschließen, mehr neue Vorkommen zu entdecken und schließlich mehr zu produzieren.“ Auch müsste der Mehrwert der erzeugten Produkte gesteigert und die Forschung verbessert werden. „Wäre es denn das Ende der Welt, wenn PEMEX sich bei dem einen oder anderen Vorhaben mit Privatfirmen verbünden würde“, fragt Machinea rhetorisch, der im Juli sein Amt aufgibt und von der Mexikanerin Alicia Bárcena abgelöst wird.

Eine Debatte ist auch darüber entbrannt, warum Mexiko nicht stärker vom Anstieg der internationalen Rohölpreise profitiert. Dabei zeigte sich einerseits, dass das Land offenbar deutlich weniger exportiert als früher. Ein Grund liegt in der gestiegenen Binnennachfrage, ein anderer in inzwischen sichtbaren Förderungsproblemen bei PEMEX. Auch kommt es zu immer höheren Importen von Raffinerieprodukten, die dann zum subventionierten Preis in Mexiko abgegeben werden. In den ersten drei Monaten des Jahres 2008 produzierte PEMEX neun Prozent weniger Öl als im gleichen Vorjahreszeitraum (2,875 Millionen Barrel täglich), importierte aber gleichzeitig um 19 Prozent mehr Raffinerieprodukte (317.000 Barrel täglich).

„Gewerkschaftsbund“

In den Blickpunkt gerückt wurde im Zusammenhang mit der Energiedebatte einmal mehr die Verkrustung gerade der PEMEX-Gewerkschaft, ihre enormen Privilegien und nicht zuletzt die obszöne Bereicherung ihres Führungspersonals. Absicherung der Positionen verspricht da eine neue Allianz von „Arbeitnehmer-vertretungen“ speziell aus dem staatlichen und parastaatlichen Be-

reich. Unter der Überschrift „Für eine neue Politik der Arbeit in Mexiko“ hatten die umstrittenen Führer der Lehrgewerkschaft, Elba Esther Gordillo, und der Führer der PEMEX-Gewerkschaft, Carlos Romero Deschamps sowie weitere Gewerkschaftsführer in ganzseitigen Zeitungsanzeigen geworben – für viele ein politisches Projekt und eines der „Selbstverteidigung“ korrupter Gewerkschaftsführungen.

Romero Deschamps etwa war schon vor Jahren in den Skandal „PEMEXgate“ verwickelt, bei dem erhebliche Zahlungen der Firma in die Wahlkampfboxen der PRI geflossen waren, jetzt fiel er der Zeitung *Reforma* durch seinen Lebensstil auf, der unter anderem in Acapulco und Cancún eine Yacht und ein Luxusapartment beinhaltet, beide jeweils auf einen Wert von 1,5 Millionen Dollar taxiert. Ganz nebenbei trägt er eine 40.000 Dollar teure Uhr und urlaubt mit der Familie am liebsten im teuersten Hotel des Spielerparadieses Las Vegas: ein würdiger Arbeitervertreter. Auch mit seinen Gegnern springt er überaus ruppig um: so beklagen sich PEMEX-Mitarbeiter, die die Gewerkschaftsführung kritisieren, dass sie sich kurz darauf auf schwarzen Listen wiederfinden und in die Frühpensionierung getrieben werden.

Allgemein prolongieren Gewerkschaftsführer in Mexiko ihre ewigen Amtszeiten meist durch pseudodemokratische und nicht geheime Abstimmungen, bei denen Abweichung gravierende Folgen haben kann. Bei der Bergarbeitergewerkschaft etwa hat dies dazu geführt, dass einer von ihnen diese Funktion direkt an seinen Sohn vererben konnte, der zuvor nie einen Fuß in ein Bergwerk gesetzt hatte – wegen Veruntreuung von 55 Millionen Dollar ist er in Mexiko zur Fahndung ausgeschrieben, von seinem kanadischen „Exil“ aus dirigiert er gleichwohl seine Truppen von einem politischen Streik in den nächsten. 25 bis 30 Jahre an der Spitze einer solchen Arbeitnehmerorganisation sind entsprechend keine Seltenheit, auch wenn die eigene Ausbildung nur den Besuch der Grundschule vorweisen kann. Das Vorbild dafür ist eindeutig der legendäre Führer der CTM Fidel Velázquez, der von

1950 bis zu seinem Tode im Jahr 1997 der Organisation vorstand.

Sowohl Gordillo als auch Romero Deschamps haben ihre Karrieren nicht unwesentlich der PRI zu verdanken und sind Teil eines nach wie vor verwobenen Interessennetzwerkes, dass sie derzeit allerdings nicht hindert, auch mit der Regierung Calderón zu paktieren: so ist etwa Gordillos Schwiegersohn Staatssekretär im Erziehungsministerium.

Da nimmt es nicht wunder, wenn das Image der Gewerkschaften im Keller ist und Beobachter wie Sergio Sarmiento schreiben: „Heute sind die Gewerkschaften in der Mehrzahl ein reines Geschäft ihrer Anführer, und im schlechtesten Falle Gangster-Organisationen.“ (*Reforma*, 1.5.2008) Ihre Macht beziehen sie nach wie vor aus der mexikanischen Arbeitsgesetzgebung und dem Verfassungsartikel 28, die Unternehmen – vor allem aber auch den Staat selbst und seine Unterorganisationen – zwingt, mit einer einzigen Gewerkschaft einen Rahmentarifvertrag abzuschließen und ihnen eine ansonsten verbotene Monopolstellung einzuräumen. Die Gewerkschaften entscheiden dann nicht zuletzt, wer bei der Firma angestellt werden kann, eine Praxis, die der Korruption, dem „Verkauf“ und der „Vererbung“ von Arbeitsplätzen Tür und Tor öffnet. Firmen und Behörden sind gezwungen, ihrerseits die Gewerkschaftsstrukturen mit gewaltigen Summen zu finanzieren, die intransparent versickern, alles unter dem Deckmantel der sogenannten „Gewerkschaftsautonomie“.

Zwar wird der mexikanische Staatspräsident per Transparenzgesetz gezwungen, sogar noch die Einladungslisten seiner Geburtstagsfeier zu veröffentlichen, für Gewerkschaften allerdings gilt ähnliches ebensowenig wie für andere „autonome“ Sektoren, zum Beispiel staatliche Hochschulen wie die UNAM.

Warmlaufen für 2009

Spätestens mit dem Beginn der parlamentarischen Sommerpause scheint für viele Beobachter bereits der Wahlkampf für die neue Zusammensetzung des Parlaments im

Juli 2009 begonnen zu haben. Während im laufenden Jahr nur noch Teilwahlen in den kleinen und weniger bedeutenden Bundesstaaten Nayarit (6. Juli), Coahuila (28. September) und Guerrero (5. Oktober) anstehen, kommt es im kommenden Jahr gerade für die Regierungspartei PAN auch auf regionaler Ebene zu einer Reihe fundamentaler Auseinandersetzungen, bei denen sich die neue Parteiführung bewähren muss. Mindestens soll das Ergebnis von 206 Abgeordneten gehalten werden, eigentlich allerdings strebt man an, Präsident Calderón mit einer eigenen Mehrheit im Abgeordnetenhaus das Regieren in der zweiten Halbzeit seiner Amtszeit zu erleichtern. Danach allerdings sieht es momentan nicht unbedingt aus:

Erste Umfragen bieten einen Blick auf die Positionierungen der Parteien. Wären heute Wahlen, könnte die PRI mit einer deutlichen Erholung rechnen und der PAN, die sich bei etwa 37 Prozent stabilisiert, ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern. Einen hohen Preis für ihre Obstruktionspolitik mit Straßen- und Parlamentsblockaden sowie ihrer nicht enden wollenden internen Querelen zahlt die PRD, die auf ein historisches Tief von etwa 20 Prozent zurückfallen würde. Sie hat auch die PRI bei der Frage nach der Partei mit dem schlechtesten Image mittlerweile deutlich überholt.

Eine Unbekannte ist die Wahlbeteiligung, die gerade bei Zwischenwahlen deutlich geringer ausfällt als in Jahren, in denen gleichzeitig auch Senat und Präsident neu gewählt werden. Trotz der deutlich erhöhten Bedeutung des Parlaments scheinen die Bürger dies nicht so wahrzunehmen. Auch wird sich zeigen, wie die neuen Schemata politischer Werbung sich auswirken, die den Parteien deutliche Grenzen auferlegen und in der jüngsten Wahlreform beschlossen wurden.

Und bereits jetzt – hier denkt man in Mexiko durchaus langfristig – hat das Schaulaufen möglicher Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2012 begonnen – einige müssen in ihren Bundesstaaten jetzt die eigene Popularität beweisen: vorgeprescht ist nicht nur in entsprechenden Umfragen der PRI-Gouverneur des wichtigsten mexikani-

schen Bundesstaates, Estado de México, Enrique Peña Nieto. Auch seinen PRI-Gouverneurskollegen Eduardo Bours (Sonora) und Fidel Herrera (Veracruz) werden entsprechende Ambitionen nachgesagt, ganz abgesehen vom Fraktionsvorsitzenden der Partei im Senat, Manlio Fabio Beltrones. Seine Stärke allerdings – hier ähnelt er dem gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Roberto Madrazo 2006 – liegt eher im Organisieren parteiinterner Mehrheiten, weniger in der öffentlichen Wirkung. Seine Fähigkeiten als begnadeter Strippenzieher sind unumstritten, viel hat er Präsident Calderón bereits dafür abgetrotzt, dass er PRI-PAN-gestützte Mehrheiten für Reformprojekte zustande bringt. An der Ethikfront allerdings scheint es bei Beltrones zahlreiche offene Flanken zu geben. Abzuwarten bleibt auch, wie sich die PRI-Parteivorsitzende Beatriz Paredes positionieren wird, die gerade zur stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gewählt wurde und damit einen bisher einmaligen internationalen Achtungserfolg für ihre Partei erzielte.

Bei der PRD wird sich zeigen, ob Andrés Manuel López Obrador erneut nach der Macht greifen kann – der Wille dazu ist eindeutig vorhanden. Sein Weg: öffentliche Mobilisierung und außerparlamentarische Opposition. Er hat allerdings mit der Bürde zu kämpfen, mittlerweile aufgrund seiner Eskapaden nach dem Wahldebakel 2006 für Wähler der umkämpften Mitte kaum noch wählbar zu sein. Besser stünde da schon Hauptstadtbürgermeister Marcelo Ebrard da, der allerdings derzeit vor allem durch Loyalität zu seinem politischen Ziehvater López Obrador auffällt. Gleichzeitig aber versucht er in der Hauptstadt, durch eine intelligente Politikmischung Boden gut zu machen: während bürgerliche Wähler durch eine Politik der harten Hand – als Vorbild wird immer wieder die Null-Toleranz-Politik von Rudi Giuliani in New York genannt – gewonnen werden sollen, laufen massive assistenzialistische Programme für die Unterschichten. Gleichzeitig wird das intellektuelle Publikum der PRD mit Initiativen zur Abtreibung oder zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften eingebunden.

Einen Dämpfer musste Ebard allerdings vor weniger Tagen hinnehmen: bei einem brutalen Polizeieinsatz in der Diskothek „News Divine“ im Stadtteil Gustavo A. Madero – kontrolliert werden sollte u.a. illegaler Alkoholausschank an Minderjährige – starben 12 Jugendliche, zerquetscht an versperrten Ausgängen. Noch hinterher behandelten die Polizeikräfte die jungen Leute fast wie Schwereverbrechen. Ihr martialischer Auftritt schien – wie zuvor schon bei ähnlichen Aktionen – durchaus gewollt. Das Ziel: Festigung eines entsprechenden Images des Stadtoberhauptes als Wahrer von Recht und Ordnung, eine Inszenierung! Da ist es kein Wunder, dass jetzt auch nach den politisch Verantwortlichen gesucht wird. Mehr als ein schaler Beigeschmack bleibt auch angesichts der Form, wie die PRD und ihre Verbündeten im Falle „News Divine“ die Reihen schließt: Kaum ein Wörtchen der Kritik gerade bei denen, die sonst keine Gelegenheit auslassen, Übergriffe von Polizei und Militär zu geißeln. Leicht lässt sich vorstellen, wie etwa die Vorsitzende der Menschenrechtskommission des Senats, Rosario Ibarra de Piedra, reagiert hätte, wäre die Verantwortung doch nur bei der Bundespolizei zu finden oder hätte der Regierung Calderón die Schuhe geschoben werden können.

So könnte auch bei der PRD noch Platz für Kompromisskandidaten sein, etwa den ehemaligen Gouverneur von Michoacan und Sohn des Parteigründers Cuauhtémoc Cardenas, Lazaro Cardenas Batel.

Einzig bei der PAN zeichnet sich noch kein klares Kandidatenfeld ab. In einer Umfrage aus dem Juni positionierte sich der Vorsitzende der Senatsfraktion der Partei, Santiago Creel Miranda am besten. Der allerdings wurde kurz darauf vom Parteivorsitzenden seines Amtes enthoben – nicht ohne Protest aus Partei und Parlament ob der gewählten Form. Innenminister Juan Camilo Mouriño, auch er ebenso wie Parteichef Germán Martínez eine mögliche Alternative, hat mittlerweile den Teilerfolg errungen, dass ihn ein Untersuchungsausschuss des Parlaments von Vorwürfen entlastete, in früheren Zeiten Regierungsämter für private Interessen missbraucht zu haben – allerdings mit feinen Unterscheidungen in Sachen Legalität,

die nicht alle in Sachen Legitimität vollständig überzeugen.

Bemerkenswert, dass aus dem Kabinett Calderón kein *secretario* so herausragt, dass ihm derzeit das höchste Amt im Staate zugetraut wird. Positiv mag man dies als Zurückhaltung im Sinne einer Mannschaftsleistung interpretieren, dies ist allerdings nicht die einzig mögliche Erklärung.